

angeblich Hitler gegner sch aft andichtete (wie bei Speer, Schirach, Schacht oder Rommel), so wird darauf heute verzichtet. Jener ist der „Größe“, der „treu bis zum bitteren Ende“ zur Fahne des Hitler-Reiches stand, die Befehle seines „Führers“ erfüllte und somit auch heute als Prototyp anti-kommunistischer Hetze verwendet werden kann.

Der Ruf nach einem „starken Mann“ wird manipuliert

In ihrer politischen Brisanz zeigen sich diese für die Sicherheit in der BRD und Europa besonders gefährlichen Tendenzen im immer lauterem Ruf nach einem „starken Mann“.

Die Hauptinteressenten imperialistischen Wettrüstens waren und sind stets auch Hauptbefürworter autoritärer Macht und eingefleischte Feinde der Arbeiterklasse, ihrer Parteien und Gewerkschaften.

Sie vertreten vor allem den sich zunehmend international formierenden militärisch-industriellen Komplex in den imperialistischen Hauptländern, in dem die BRD-Kräfte 1/3 zwischen Spitzenpositionen einnehmen. In ihm verschmelzen die Interessen des Rüstungskapitals mit denen der „eigenen“ Militärhierarchie, der NATO-Generalität sowie anderer reaktionärer Vertreter der hohen Staatsbürokratie. Dazu gehören jene Führungskräfte des Staatsapparates, der Armee, der Polizei und der Geheimdienste, die als Kern der Repressivorgane und Träger ihrer reaktionärsten und militaristischen Traditionen vor allem autoritäre Machtausübung erstreben und faktisch praktizieren.

Hier werden nicht als „Feierabend“-Sandkastenspiele, sondern als ernst zu nehmende politisch-organisatorische Konzeptionen Mittel zu Notstands-„Situationen“ vorbereitet. Das schließt intime Beziehungen zu

Damit aber praktizieren die Presse- und Medienkonzerne der BRD eine Art Vorwegnahme weiterer Demontage der bürgerlichen Demokratie. Als politische Initiatoren und kommerzielle Nutznießer dieser Prozesse vermitteln sie deren unmittelbaren Wegbereitern Einfluß, der weit über ihre effektive soziale und innenpolitische Basis hinausgeht.

faschistischen Diktaturen, Organisationen und Einrichtungen in Lateinamerika, zu den rassistischen Regimes in Südafrika und Simbabwe undkolonialistischen Exilinstanzen ein.

Die Besuche führender CSU-Politiker in Südafrika und Chile zum Beispiel lassen keinen Zweifel offen, daß diese Kreise gleichfalls bereit wären, zu Verschwörung, Staatsstreich und Militärputsch zu greifen, wenn sie es für die Erhaltung der bestehenden großkapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse nötig hielten.

Auf dem Hintergrund der Verflechtung der verschärften allgemeinen Krise des Kapitalismus mit seinen zyklischen ökonomischen Krisen und der damit verbundenen Zunahme sozialer Widersprüche und politischer Labilität nehmen die Anstrengungen der reaktionärsten imperialistischen Kreise zu, das eigene staatsmonopolistische Herrschaftssystem wieder zu stabilisieren. Das soll ihren Plänen nach durch den Abwurf von „Ballast“, das heißt durch Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten zugunsten extrem-reaktionärer Auswege aus der Krise geschehen. Es geht ihnen darum, die breiten Massen einzuschüchtern und hinter dem Schleier demagogischer Manöver autoritäre, Herrschaftsmethoden vorzuberei-

ten und Schritt für Schritt durchzusetzen.

Dör Neonazismus zielt vor allem darauf ab, die junge Generation mit dem Gift des Faschismus zu infizieren. Erhielt sie in der Schule ein völlig unzureichendes und verzerrtes Bild über den Faschismus, wird ihr nunmehr skrupellos suggeriert, nur ein „starker Mann“ könne Jugendarbeitslosigkeit und Bildungsmisere beseitigen und das Leben wieder zukunftsträchtig machen. Immer offener verkünden Neonazis in der BRD faschistische Ziele, glorifizieren sie Hitler als „Retter aus Not und Elend“. Die innere Zuspitzung zielt zugleich gegen die internationale Entspannung, besonders gegen die Beziehungen der BRD zur UdSSR und zur sozialistischen DDR. Der Kurs nach rechts ist gleichzeitig darauf gerichtet, die Hegemonieziele der heutigen BRD-Monopolbourgeoisie im kapitalistischen Teil Europas weiter zu realisieren. In der Tat, sie will ihre Position festigen und ausbauen.

Angesichts dieser Situation wird von den demokratischen Kräften der BRD und in der Weltöffentlichkeit die Frage aufgeworfen, wie dieser gefährlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten sei. Als entscheidende Aufgabe in der BRD nennt die DKP im Entwurf ihres Parteiprogramms: „einen demokratischen Ausweg aus der Krise zu erkämpfen“. Alle demokratischen Kräfte, so heißt es in diesem Programm-Entwurf, müssen ihre Anstrengungen vereinen und verstärken, um Sozialabbau und Rechtsentwicklung zu stoppen, um die Fortführung des internationalen Entspannungsprozesses zu sichern.

Dr. Joachim Hoffmann

1) 7. Tagung des ZK der SED, Broschüre 1977, S. 53